

Gemäss einem Bericht in der «Schweiz am Wochenende» kritisiert die Regierungspräsidentin in einem Brief an die Mitarbeitenden des Historischen Museums Basel (HMB) die Geschäftsprüfungskommission (GPK) für ihren Bericht. Ihr sei unter anderem «keine Gelegenheit zur Stellungnahme» eingeräumt worden, obwohl sie von der GPK, gemäss Bericht, mehrmals konsultiert wurde. Auch bleibt unklar, was sie mit «längerfristiger Zusammenarbeit» mit dem Direktor meint, obwohl dieser von ihr freigestellt wurde. Man erhält durch diesen Brief den Eindruck, es sei das Ziel der GPK gewesen, die Regierungspräsidentin und ihr Wirken betreffend das HMB unvorteilhaft erscheinen zu lassen. Von Seiten des PD wurde bisher jedoch noch nie Äusserungen gemacht, in denen beim eigenen Handeln der Regierungspräsidentin oder bei demjenigen der Leitung der Abteilung Kultur Fehler eingeräumt wurden.

Dieses Verhalten ist bedauerlich. Auch in der Regierung und in der Verwaltung soll eine korrekte Fehlerkultur gegeben sein. Das bedeutet, dass begangene Fehler auch eingestanden werden, dass daraus Lehren gezogen werden und so Verbesserungen eingeleitet werden können. Die Regierungspräsidentin verschweigt offensichtlich eigenes Fehlverhalten. Sie geht im Gegenteil noch weiter und beschuldigt die Mitglieder der GPK unkorrekter und unsorgfältiger Arbeit. Dieses Verhalten ist der Präsidentin des Regierungsrats unwürdig. Mitarbeitenden des Kantons gegenüber sollte man die Arbeit des Grossen Rats und der obersten Aufsichtsbehörde nicht kritisieren denn es gibt auch ein Loyalitätsgebot eines Exekutiv-Mitglieds gegenüber der Legislative und ihren Instanzen.

Aus dem Bericht der GPK geht hervor, dass das Präsidialdepartement sowohl in der Führungsarbeit als auch im Konfliktmanagement versagt hat. Die Folgen sind gravierend und führten zu einer grossen Verunsicherung bei den Museen aber vor allem im HMB. Der Ruf des Direktors wurde beschädigt, wie auch die Ausstrahlung des Museums. Dem Kanton und damit den Steuerzahlenden erwachsen substantielle Kosten für die Lohnfortzahlung an den freigestellten Direktor bis März 2022, für Anwaltskosten in diesem Konflikt, für Coaching, Konfliktmanagement und die Betriebsanalyse.

Vor diesem Hintergrund ist es unverständlich, dass bei der Regierungspräsidentin offensichtlich keine Einsicht vorhanden ist, etwas nicht richtig gemacht zu haben.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie stellt sich der Regierungsrat zur Kritik, welche die Regierungspräsidentin gegenüber der Arbeit der GPK in ihrem erwähnten Schreiben an die Mitarbeitenden des Historischen Museums Basel äussert?
2. Hat der Direktor angeboten, seinen Arbeitsvertrag bis Ende März 2022 zu erfüllen, d.h. nach seiner Genesung wieder zu arbeiten?
3. Wurde die Regierungspräsidentin vom Direktor und seinem Anwalt von der Schweigepflicht entbunden, so dass einer vollständigen Offenlegung des Personaldossiers nichts entgegenstand?
4. Was unternimmt der Regierungsrat, um wieder ein normales Betriebsklima im HMB herzustellen?
5. Wie wird die Suche nach einer neuen Direktion durchgeführt?
6. Was unternimmt der Regierungsrat, um gegenüber der "Stiftung für das Historische Museum Basel", der "Kommission zum Historischen Museum Basel", dem "Verein für das Historische Museum Basel" sowie der Öffentlichkeit das Vertrauen in das HMB wieder herzustellen?
7. Wie hoch sind die Kosten, welche der Kanton zu tragen hat für die Lohnfortzahlung des Direktors bis Ende März 2022, für Anwaltskosten, für das Coaching, das Konfliktmanagement und die Betriebsanalyse?

Heiner Vischer